

04.01.2001

Stellungnahme

der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen e.V. zum Interview mit Laurenz Meyer, in: Handelsblatt vom 3.1.2001

In dem veröffentlichten Interview des Handelsblatts soll es eigentlich um die nach wie vor unbefriedigende finanzielle Situation Kindererziehender gehen. Dazu schlug der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber vor, jungen Familien eine auf drei Jahre befristete Familienförderung von monatlich 1.000,00 DM zu gewähren.

Darauf geht Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU, in seinen Antworten jedoch nicht weiter ein. Vielmehr versucht er mit seiner Position Stimmung gegen die BezieherInnen von Sozialhilfe zu machen. Er benennt den seit Jahren gedeckelten Bedarf des staatlich anerkannten Existenzminimums und gelangt so auf einen Bezug von 4.000,00 DM. Die Höhe der *tatsächlichen* Leistungen nennt er jedoch nicht. Der durchschnittliche Betrag, den Paare mit drei oder mehr Kindern *tatsächlich* erhalten, liegt bei 1.205,00 DM monatlich.

Meyer fordert unter anderem die Festschreibung eines zeitlich begrenzten Leistungsbezugs. Jüngere sollen höchstens zehn Jahre lang Sozialhilfe beziehen können. Damit werde nach Ansicht Meyers die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme erhöht.

Die BAG-SHI weist als Dachverband der Sozialhilfeinitiativen darauf hin, dass die Annahmen Meyers schon anfänglich unrealistisch sind. So sind nicht 25 Prozent der SozialhilfebezieherInnen zwischen 18 und 30 Jahren alt, sondern 17 Prozent. Gänzlich unberücksichtigt bleibt der beklagenswerte Zustand, dass 35 Prozent der betroffenen Familien *trotz* Erwerbseinkommen auf die Sozialhilfe angewiesen sind.

Hier zeigt sich am deutlichsten der derzeit dringend bestehende Handlungsbedarf. Kinder sind in dieser Gesellschaft immer noch ein Armutsrisiko. Der Widerspruch ist dabei unübersehbar. Auf der einen Seite wird immer wieder begrüßt, wenn sich Paare für Kinder entscheiden. Andererseits besteht aber nach wie vor keine oder nur geringe Bereitschaft dies auch entsprechend anzuerkennen.

Es ist auch zynisch, den bekannten Mangel an Beschäftigung neu ausdeuten zu wollen. Wer Arbeitsaufnahme fordert, muss doch zunächst ein Konzept dafür haben, wie eine ausreichende Versorgung mit *existenzsichernden* Beschäftigungsmöglichkeiten gewährleistet werden soll. Mit den schon seit geraumer Zeit kursierenden Vorschlägen zum Einstieg in Niedriglohnsegmente jedenfalls ist dem Problem nicht beizukommen. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass das

Bundessozialhilfegesetz bereits stets den Einsatz eigener Arbeitskraft ganz grundsätzlich fordert.

Zu begrüßen ist, dass auch die CDU die so dringend bestehende Notwendigkeit zum Handeln formuliert, damit nun endlich die finanziellen Defizite Kindererziehender ausgeglichen werden. Angesichts der gemachten Vorschläge stellt sich aber doch intensiv die Frage nach der Ernsthaftigkeit. Denn der befristete finanzielle Ausgleich ist im Ergebnis weder der Höhe noch der Dauer nach ausreichend. Zudem bewirkt der vorgeschlagene Ansatz eine nicht akzeptable Spaltung der Familien in zwei Klassen: Nach der Vorstellung Meyers, sollen Kindererziehende mit Erwerbseinkommen finanziell deutlich besser gestellt werden als Eltern ohne Einkommen.

Im übrigen, auch dieser Hinweis kann an dieser Stelle nicht unterbleiben, hatte die seinerzeitige Regierungskoalition aus CDU/CSU und F.D.P. Gelegenheit gehabt, die, bis heute extrem belastende, Situation Kindererziehender zu verbessern.

Unter anderem fordert die BAG-SHI deswegen seit Jahren, den HilfebezieherInnen das Kindergeld uneingeschränkt zukommen zu lassen. Ein sehr naheliegender und in der Praxis sofort umsetzbarer Weg, der umständliche Lösungen entbehrlich macht.

Jörg Meier
(Geschäftsführung)